

Die Elemente der aufgebauschten Krise müssen klar definiert werden

Vor dem Schritt in eine neue Ära

Arnulf Baring

Zunächst einmal sollte es eine Verständigung darüber geben, was eigentlich die Elemente der Krise sind, über die derzeit gesprochen wird. Das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein hat im Grunde genommen gezeigt, dass die Bürger intelligenter sind als die Medien.

Die Medienwirkung hat sich durch den Umzug von Bonn nach Berlin erheblich geändert. Die Medien kommen ihrer Verantwortung gegenüber der neuen Situation nicht vernünftig und maßvoll genug nach. Sie haben in den letzten Wochen bei der Beschreibung und Kommentierung der Spendenaffäre eine viel zu drastische Sprache benutzt, die einer sachlichen Erörterung der Probleme nicht gerecht wird. Von einer Parteien- oder Staatskrise, wie sie von den Print-, aber auch von den elektronischen Medien beschrieben wurde, kann nicht die Rede sein. Auch wenn man in Rechnung stellt, dass es in diesem Fall – neben der Augsburger Staatsanwaltschaft – die Medien waren, die den Finanzskandal aufgedeckt haben, müssen diese sich fragen lassen, ob sie ihrer Pflicht nach sachlicher Berichterstattung und ausreichender Recherche immer nachgekommen sind.

Eine solche Entwicklung ist beunruhigend, weil man sich doch fragen muss, was wir ei-

gentlich machen wollen, wenn einmal eine echte Krise der Parteien oder des Staates zu konstatieren wäre. Im Kern haben wir es auch nicht mit Geld zu tun, sondern mit der Frage, wie die CDU nach 25 Jahren aus dem Schatten Helmut Kohls treten kann.

Gleichwohl muss darüber gesprochen werden, was denn eigentlich der Finanzbedarf einer Partei sei. Es ist auffallend, dass in der bisherigen Diskussion weder die Medien noch die Parteien selbst – auch die Union – gesagt haben, was eigentlich ihr Finanzbedarf ist. Wozu brauchen die Parteien viel Geld? Dies ist eine außerordentlich wichtige Frage, die den Bürgern beantwortet werden muss. Es wäre wichtig, wenn beispielsweise Unions-Politiker ganz offen darüber redeten, wofür das Geld gebraucht wird. Und es muss in diesem Zusammenhang auch erwähnt werden, dass die finanziell-strukturellen Probleme der Union weit aus größer sind als die der SPD.

Politiker müssen offen mit uns allen reden und den gesunden Menschenverstand der Bürger vertrauensvoll ansprechen, der weit aus stärker ausgeprägt ist, als häufig seitens der Politiker erkannt wird. Das Wahlergebnis in Schleswig-Holstein ist ein beredtes Zeugnis dafür. Die Bürger sind durchaus bereit, sich komplexe und komplizierte The-

men anzuhören. In der jetzigen Situation müsste öffentlich ganz unbefangen über das Thema Finanzbedarf der Parteien gesprochen werden.

Im Kern geht es bei der jetzigen Diskussion gar nicht um das Geld der Union. Die Finanzaffäre hat eigentlich nur einen Prozess beschleunigt, der mit dem Abschied von der „Ära Kohl“ bezeichnet werden muss. Zugespitzt wäre zu fragen, wie es eigentlich mit der Union weitergegangen wäre, wenn es die Finanzaffäre jetzt nicht gegeben hätte. Vielleicht ist es nicht unwahrscheinlich, dass eines Tages die Union über die nun in Gang gekommene Diskussion, ausgelöst durch die so genannte Spendenaffäre, dankbar sein wird. Auf diese Weise musste eine nötige Diskussion über das Personal und das Programm, mit dem die CDU das neue Jahrhundert bestehen will, vielschneller und konsequenter geführt werden, als es sonst möglich gewesen wäre.

Forcierte Diskussion

Viele hatten erwartet, dass es bereits im Herbst 1998, nach der für die Union verlorenen Wahl und dem Übergang des Parteivorsitzes von Helmut Kohl auf Wolfgang Schäuble, zu einer inhaltlichen Diskussion kommen würde. Vermutlich haben viele Anhänger der CDU vor dem Hintergrund der anfänglichen Probleme der rot-grünen Regierung und der dann folgenden Wahlsiege der Union bei mehreren Landtagswahlen im Jahre 1999 gemeint, eine solche inhaltliche und programmatische Diskussion müsse nicht forciert werden.

Der Übergang in eine neue Phase nach dem Rückzug Helmut Kohls vom Parteivorsitz wäre in jedem Falle schmerzlich gewesen, personell und programmatisch. Zudem ist die Aufgabe eines neuen Parteivorsitzen-

den nach einer langen und erfolgreichen Ära ausgesprochen schwierig. Die Frage, was die Union programmatisch darstellt, ist nicht so leicht zu beantworten, weil es sich um eine große Volkspartei mit den verschiedensten Strömungen handelt. Solange Kohl bestimmte, war er auch das Programm der Partei. Was ihn bewegte, machte auch sie sich zu Eigen – die Nachrüstung, die Wiedervereinigung, den Euro.

Die jetzige Diskussion muss intensiver und konsequenter über die Zukunft der Renten und den Umbau des Sozialstaates geführt werden. Möglicherweise werden wir übrigens in absehbarer Zeit erleben, dass sich die von den Medien als Krise des Parteienstaates stark in den Vordergrund gerückte Diskussion in umgekehrte Richtung wendet. Und zwar in dem Sinne, dass rückblickend die 25-jährige Ära Helmut Kohls als etwas Stabilisierendes, Erfolgreiches und für viele Bürger des Landes Beruhigendes betrachtet wird.

Was heißt das alles für das Gesamtsystem? Die Krise, die die Union derzeit durchläuft, haben die anderen Parteien schon seit langem. Exemplarisch kann man das bei der SPD beobachten, die sich seit dem Ausscheiden von Willy Brandt, Herbert Wehner und Helmut Schmidt in einer programmatischen Dauerkrise befindet. So gesehen war Herbert Wehners Prognose, nach dem damaligen Machtverlust seiner Partei würde es für die Sozialdemokraten auf Bundesebene etwa eineinhalb Jahrzehnte bis zur Regierungsfähigkeit dauern, absolut zutreffend. Und auch zu diesem Zeitpunkt war noch alles offen. Man muss sich nur vorstellen, dass im Frühjahr 1998 nicht Gerhard Schröder, sondern Oskar Lafontaine Kanzlerkandidat geworden wäre.

Bei der gegenwärtigen Regierung sind die Unsicherheitselemente, was sie personell

Vor dem Schritt in eine neue Ära

und programmatisch darstellt, ausgesprochen zahlreich. Sieht man das Spektrum von Oskar Lafontaine bis hin zu denen, die wie Peter Glotz dem „Turbokapitalismus“ das Wort reden, so kann man eine enorme programmatische Spannweite auch in der SPD ausmachen, ohne dass diese Spannweite in irgendeiner Weise thematisiert geschweige denn ausdiskutiert wäre.

Ein fundamentaler programmatischer Diskussionsbedarf ist ebenso bei den anderen Parteien zu beobachten. Wenn man beispielsweise an die Grünen denkt, so stellt sich die Frage: Wer führt eigentlich diese Partei? Und die Schwierigkeiten der inhaltlichen Ausrichtung der Grünen haben sich mit der Regierungsverantwortung auf Bundesebene enorm verstärkt.

Mit großen Unsicherheiten in personeller und programmatischer Hinsicht hat auch die FDP zu kämpfen, nachdem deren bedeutende Politiker der letzten Jahrzehnte, die den Liberalen immer eine Schlüsselrolle im bundesdeutschen Parteiengefüge erlaubt hatten, abgetreten sind. Wenn die FDP im Moment von den Schwierigkeiten der Union profitiert, dann liegt dies nicht an einer fest begründeten programmatischen Linie. Selbst die PDS, die sich nur durch verbale Forderungen und das Fehlen realer Verantwortung auszeichnet, hat ein Führungsproblem, was deutlich macht, dass auch sie programmatisch wie personell keine Antwort auf die Anforderungen des neuen Jahrtausends hat.

Selbst wenn man die Frage, ob die Parteien im Allgemeinen zu viel Macht haben, kurz mit Ja beantwortet, ist immer noch nichts über Alternativen gesagt. Wer steht denn bereit, den Parteien kompetent die angemaßten Positionen streitig zu machen? Diese offensichtliche momentane Alternativlosigkeit muss bedacht werden,

wenn man über die Zukunft der Parteien redet.

Gemessen an ihren programmatischen und personellen Defiziten haben die Parteien zu viel institutionellen Einfluss. Wahlkämpfe müssten wieder mit präzisen Inhalten versehen werden. Vor allem aber muss bedacht werden, wie der Beruf des Politikers wieder attraktiver gemacht werden könnte. Die Bereitschaft, einer derart zeitaufwendigen und nervenaufreibenden Tätigkeit nachzugehen, wird immer geringer. Deshalb ist ja auch die Bank der Kritiker viel dichter besetzt als die der Politiker. Verschärfte rechtliche Regelungen und die erwogene Möglichkeit einer Strafbarkeit von Parteivergehen werden eher dazu beitragen, gute Leute noch mehr abzuschrecken und die Attraktivität eines Politikerlebens weiter sinken zu lassen.

Von der Innenpolitik ganz abgesehen steht die deutsche Gesellschaft vor der großen Herausforderung einer notwendigen Diskussion über die künftige Rolle der Parteien angesichts immer größerer außenpolitischer Probleme. Wir müssen künftig auf außenpolitische Krisen besser vorbereitet sein und dürfen bei improvisierter Krisenbewältigung nicht auf halber Strecke stehen bleiben wie bei dem Balkan-Stabilitätspakt und erst recht bei der von Anbeginn brüchigen Kosovo-Regelung.

Schleichende Krise

Die Diskussion um die CDU-Parteispendenaffäre muss also in den Kontext eines allgemeinen programmatischen Handlungsbedarfs gestellt werden, dem alle Regierungs- und Oppositionsparteien und die ganze Gesellschaft Rechnung zu tragen haben. Die Frage nach der Zukunft unserer Demokratie und unserer Parteien – an der

Schwelle zum neuen Jahrtausend – ist eine Frage an uns alle.

Das Land befindet sich in einer schleichen- den Krise. Der Ernst der Situation muss un- seren Menschen ausreichend ins Bewusst- seingerufen werden. Es wäre falsch, hiernur über die Rolle der Parteien zu reden, sowich- tig sie auch ist. Man sollte darüber diskutie- ren, ob es richtig und ob es nötig ist, dass Parteien bei der Besetzung von Rundfunk- räten oder von Chefredakteursposten in den Medien derartigen Einfluss ausüben, wie das gegenwärtig der Fall ist. Dieser Einfluss sollte unbedingt zurückgedrängt werden. Die de- mokratische Bürgergesellschaft ist eine Auf- gabe, an deren Errichtung – oder Wieder- herstellung – wir alle arbeiten müssen.

In den vergangenen fünf Jahrzehnten war Stabilität eines der markantesten Kennzei- chen des Parteiensystems der Bundesrepu- blik Deutschland. Hierin unterschied sich die zweite deutsche Demokratie grund- legend von der Weimarer Republik. Anders als 1918/19 traten die Parteien weitgehend unbelastet in die politische Arena. Zur Sta- bilität trug auch die restriktive Lizenzie- rungspraxis der Alliierten bei. Hinzu kam, dass die Parteien auf einem stabileren Fundament gegründet wurden, als dies im Kaiserreich der Fall gewesen war. So blie- ben die Liberalen in der Bundesrepublik Deutschland von Spaltungen verschont. Anders als in Weimar funktionierte der Par- teienwettbewerb. Die meisten Regierung- koalitionen waren langlebig und damit er- folgreich. Auch österreichische Verhält- nisse, die längerfristige Zusammenarbeit der Volksparteien in großen Koalitionen, blieben uns erspart.

Für die Zukunft wird es wichtig sein, dafür Sorge zu tragen, dass es auch weiterhin keine intransigenten Auseinandersetzungen zwi- schen den Parteien geben wird. Die CDU ist

als überkonfessionelle Partei der bürgerli- chen Mitte nach wie vor ein zentrales, stabi- lisierendes Element in der Parteienland- schaft. Die SPD muss dafür sorgen, auch linke Wähler in das Parteiensystem zu inte- grieren. Seit sie jedoch in Ostdeutschland als Scharnier ins linksradikale Lager fun- giert, ist der früher stabile anti-extremis- tische Grundkonsens des Grundgesetzes ge- fährdet. Die FDP dürfte in Zukunft immer zu- rückhaltender im Hinblick auf feste Koali- tionsaussagen werden. Dies ist insofern pro- blematisch, als der Wähler wissen sollte, wel- ches Bündnis er mit seiner Stimme wählt.

Parteien bleiben ein unverzichtbarer Be- standteil einer offenen, pluralistischen Ge- sellschaft. Allerdings sieht sich die Parteien- demokratie seit einigen Jahren wachsen- dem Verdruss ausgesetzt. Parteien werden in Zukunft stärker mit anderen Agenturen und Institutionen der politischen Partizipa- tion konkurrieren. Die Parteien sind längst keine bloßen Wahlvorbereitungsorganisa- tionen mehr. Sie sind auf vielfache Weise in den Prozess der politischen Willensbildung eingebunden. In den vergangenen Jahren haben die Parteien jedoch zunehmend Or- ganisations- und Rekrutierungsschwächen gezeigt. Vielfach ist beklagt worden, sie hät- ten sich in zu viele gesellschaftliche Berei- che eingemischt, was zu ihrer Überforde- rung beigetragen habe. Auch wenn viele Kritikpunkte berechtigt sind, sind die Maß- stäbe der Kritik nicht immer sachgerecht. Zu empfehlen ist den Parteien für die Zu- kunft aber zumindest, ihr Allzuständigkeits- denken aufzugeben.

Vernunft und Besonnenheit

Häufig ist in Deutschland die Berichterstat- tung über Krisen aufgeregter als die Krisen selbst. Die Schleswig-Holstein-Wahl vom Fe-

Vor dem Schritt in eine neue Ära

bruar 2000 hat gezeigt, dass die Bürger besonnener reagieren als die Medien. Es gibt weder eine Parteien- noch eine Staatskrise, sondern ein Bündel an Sachproblemen. Die Bürger sind bereit, dies zeigt das Wahlverhalten, mit den Problemen rational umzugehen.

Kern des Problems der CDU ist der große Schritt in eine neue Ära. Die aktuelle Parteispendenkrise hat den Strukturwandel, der auf die CDU ohnehin zugekommen wäre, erheblich beschleunigt. Die CDU war gezwungen, ihre Krise rasch anzugehen und die Probleme in kurzer Zeit umfassender anzupacken, als sie es ohne den Spendenkandal getan hätte. Insofern hatte dieser eine Katalysatorwirkung. Die Schwierigkeiten des Übergangs stellen auch besondere Anforderungen an den demnächst zu wählenden neuen Parteivorsitzenden. Heute rächt es sich, dass die CDU sich programmatisch in der Ära Kohl nicht ausreichend weiterentwickelt hat; sie erscheint in der Rückschau auch als eine lange Phase der Stagnation.

Auch die SPD hat ihren Anteil an der allgemeinen Krise, denn sie hat immer noch eine sehr große ideologische Spannweite, die durch die Figur Gerhard Schröders nur unzureichend überlagert werden kann. Hier drohen in Zukunft immer wieder ideologische Richtungsauseinandersetzungen. Die Grünen haben sich weder personell noch programmatisch seit dem Eintritt in die Regierung konsolidiert. Die FDP profitiert momentan von der Schwäche der CDU. Sie ist programmatisch aber ebenfalls nicht auf ein festes Fundament gegründet.

Insgesamt erscheint die Parteidemokratie der Bundesrepublik zu Beginn des 21. Jahrhunderts labil und krisenanfällig. Die Parteien sind im Hinblick auf ihre Aussagen zur Zukunftsgestaltung immer vager gewor-

den. Da sich aber keine Alternativen zur politischen Willensbildung abzeichnen, droht eine Verschärfung der Krise. Das Land befindet sich in einer schlechten Verfassung. Die Krise ist schleichend, Reformbedarf ist zwar erkannt, aber bislang sind keine zwingenden Reformen umgesetzt worden. Es steht zu befürchten, dass die Politik des Durchwurstelns und des „Weiterso“ sich zunächst fortsetzen wird.

Auch wenn man im Abschneiden der CDU in Schleswig-Holstein durchaus positive Ansätze erkennen kann, darf man nicht übersehen, dass die CDU wieder dort angekommen ist, wo sie im September 1998 nach der Niederlage bei der Bundestagswahl war. Es ist offen, wohin der Weg der CDU führen wird. Die politische Krise, die wir gegenwärtig beobachten, ist keine Momentaufnahme. Seit fünfzehn bis zwanzig Jahren lässt sich ein schleichender Vertrauensentzug für die Parteien beobachten. Das Vertrauen in die Parteien hat sich in dieser Zeit fast halbiert. Allerdings ist die Kritik an den Parteien teilweise sehr heuchlerisch, insofern als ihnen ein Moralkodex aufgezwungen werden soll den sich die Gesellschaft keineswegs zu Eigen macht. Außerdem wissen auch die Parteienkritiker, dass es in der Politik keineswegs in erster Linie um Moral geht, sondern um Macht und Mehrheiten. Hier darf keine künstliche Trennungslinie aufgebaut werden. Es ist an der Zeit, sich in Erinnerung zu rufen, dass Macht und Demokratie zusammengehören.

Deutscher Anti-Parteien-Effekt

Die gegenwärtige Diskussion um die Parteien in Deutschland ist nur vor dem Hintergrund des traditionellen deutschen Anti-Parteien-Affektes zu verstehen. Kritikwürdig ist allerdings, dass die Parteien in den

vergangenen Jahren das gesamte politische und gesellschaftliche Leben durchdrungen haben. Ihre zentralen Aufgaben sollten die Programmformulierung, die Kandidatenrekrutierung, die politische Kommunikation mit den Bürgern und die Übernahme politischer Macht sein. Die Parteien sollten sich nicht zu Dienstleistungsorganisationen entwickeln. Sie sollten sich stärker zurücknehmen und sich auf ihre Kernaufgaben beschränken. Allerdings muss man den Parteien zugute halten, dass die Ausweitung ihrer Tätigkeitsbereiche auch dem Zweck diene, Distanz zur Gesellschaft abzubauen.

Die gegenwärtigen Vorschläge zur Reform der parlamentarischen Demokratie sind im Grunde Relikte aus der verfassungspolitischen Diskussion und aus der Parteireformdiskussion zu Beginn der neunziger Jahre. Auch wenn viele Vorschläge, so zum Beispiel Amtszeitbegrenzungen, auf den ersten Blick einleuchtend sind, lässt sich gleichwohl einwenden, dass sie mit den Grundsätzen der parlamentarischen Demokratie nur schwer vereinbar wären. So würde die Begrenzung der Amtszeit des Bundeskanzlers auf maximal zehn Jahre die Volkssouveränität tendenziell aushöhlen, weil die Auswahl des Wählers eingeschränkt würde. Es gibt in der „Fernsehdemokratie“ einen weiteren Widerspruch: So steht die sich ausbreitende politische Lethargie der Bevölkerung in einem Missverhältnis zu immer häufiger vorgetragenen Forderungen nach Plebisziten.

Sinnvolle Reformen der Demokratie sind auf vielen Feldern möglich. Sie dürfen sich keineswegs darauf beschränken, das Parteiengesetz im Hinblick auf finanzielle Unregelmäßigkeiten zu verschärfen. Ein weiterer Reformansatz für die Demokratie wäre ein erweitertes Wahlrecht, wie dies in eini-

gen Regionen schon im kommunalen Bereich praktiziert wird (Kumulieren, Panaschieren). Auch die Urwahl bei der Vergabe von Parteiämtern könnte weiter Schule machen. Sinnvoll wäre es auch, die Wahlkampfkosten in Zukunft zu beschränken. Hierzu würde auch beitragen, wenn die Wahltermine stärker gebündelt würden. Die Zusammenlegung von Wahlterminen hätte nicht nur positive finanzielle Auswirkungen, sie würde uns auch aus der permanenten Wahlkampfsituation der gegenwärtigen Politik befreien.

Abschließend lässt sich sagen, dass Deutschland nicht auf der Höhe seiner Probleme lebt. Reformbedarf ist zwar erkannt, wird aber nicht konsequent umgesetzt. Selbstverantwortung ist in Deutschland immer noch zu schwach ausgeprägt. Die Lösung von politischen Problemen hängt nicht in erster Linie mit der Amtsdauer von Politikern zusammen. Die Hauptprobleme sind auch nicht in erster Linie Gesetzesänderungen, sondern die Verweigerung von Gehorsam gegenüber den bestehenden Gesetzen. Parteien üben heute keine inhaltliche Meinungsführerschaft mehr aus. Orientierung können sie immer weniger geben. Ihre Führungsqualität hat nachgelassen. Parteien sollten sich wieder stärker zu Bürgerorganisationen zurückentwickeln. Abgehobene Parteienkritik ist aber fehl am Platze. Es besteht kein Anlass, grundsätzlich an der Zukunftsfähigkeit der Parteien zu zweifeln. Auch die Kritiker der Parteien sind sich darüber im Klaren, dass es keine prinzipielle Alternative zu den Parteien gibt. Aber wenn die repräsentative Demokratie überleben soll, müssen die Parteien so reden und handeln, dass sie von der Bevölkerung als repräsentativ für den Volkswillen empfunden werden können.